

Es hakt bei der Straßenbahnplanung

Ihr ehemaliger Staatssekretär fordert Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) zu mehr Einsatz auf

Der Wohnungsbau in der Hauptstadt kommt in Schwung, doch bei den geplanten großen Stadtquartieren erweist sich die Nahverkehrsplanung als großer Hemmschuh.

Von Nicolas Šustr

Der ehemalige Verkehrs-Staatssekretär Jens-Holger Kirchner greift seine einstige Dienstherrin, Senatorin Regine Günther (beide Grüne) an, ohne ihren Namen zu nennen. »Bei großen Wohnungsbauvorhaben klemmt es nicht an den Baugenehmigungen«, sagte er beim Symposium »Gemeinsam Stadt entwickeln« der landeseigenen Wohnungsunternehmen, das am Montagabend stattfand. Die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr sei das A und O, »ansonsten versinken wir im Individualverkehr«, so Kirchner. »Wir wären gut beraten, wenn alle Beteiligten, auch die Verkehrsplaner, ihren Beitrag leisten würden«, erklärte der Politiker, der nach einer Krebserkrankung, laut Medienberichten gegen seinen Willen, im Dezember 2018 von Günther in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war. Er ist nun Leiter der Stabsstelle für Großprojekte in der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller (SPD).

Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (LINKE) nannte es »ein ganz krasses Beispiel« für Verzögerungen bei Bauprojekten, wenn monatelang die verkehrsrechtliche Anordnung nicht erteilt werde, ohne die die Baustelle oftmals nicht eingerichtet werden kann. Das kann je nachdem, ob es sich um eine Haupt- oder Nebenstraße handelt, Angelegenheit der Verkehrsverwaltung oder des jeweiligen Bezirks sein.

Ein fehlender Baustein gerade für die Entwicklung der neuen Stadtquartiere mit geplant jeweils Tausenden neuen Wohnungen ist der nach wie vor nicht vorliegende Stadtentwicklungsplan Verkehr, von dem es heißt, dass bisher nur eine Arbeitsversion mit Stand Juni 2019 existiere.

Doch generell macht das Bautempo in der Hauptstadt Fortschritte. »In den letzten zwei Jahren wird schneller geplant und gebaut«, attestierte Julia Dahlhaus, Berliner Landesvorsitzende des Bundes deutscher Architekten. »Wir haben deutlich mehr Leute an Bord in den planenden und bauenden Bereichen, und das macht sich inzwischen auch bemerkbar«, bestätigte Senatorin Lompscher. Allerdings wirke sich nach wie vor fehlendes Personal im Denkmalschutz- oder Umweltbereich weiter auf Verfahren aus.

Die Landeseigenen hadern nach wie vor mit der Bürgerbeteiligung. Als einen »mühsamen Prozess« mit durchschnittlichen Kosten im sechsstelligen Bereich bezeichnete Christiane Geib, Geschäftsführerin der Wohnungsbaugesellschaft Mitte, die Partizipation. »Ich frage mich, ob wir heute ein einheitliches Verständnis haben, wann Partizipation endet. Sie ist nicht das Vehikel, um Umsetzung für immer zu verhindern«, so Geib weiter.

»Wir fühlen uns nicht ernst genommen, und wir haben nicht das Gefühl, dass es um einen ernsthaften Dialog geht«, entgegnete Britta Krehl von der Initiative »Grüner Kiez Pankow«, die sich gegen ein Nachverdichtungsvorhaben der landeseigenen Gesobau am Schlosspark wendet. Die Stadtentwicklungssenatorin, die erklärte, dass Berlin um eine innere Nachverdichtung überhaupt nicht herumkomme, um die stark gestiegene Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen, zeigte wenig Verständnis: »In relativ aufgelockerten städtischen Strukturen mit der entsprechenden verkehrlichen Erschließung muss es möglich sein, nachzuverdichten.«

Bundesausgabe vom Mittwoch, 29. Januar 2020, Seite 11 (10 Views)